besonders junge Menschen mit ihrer verhältnismäßig geringen Erfahrung und ihren äußerst bescheidenen Mitteln eine solche Veranstaltung organisieren, dann"klappt" es zunächst nicht so gut wie bei Veranstaltungen etablierter Parteien und Organisationen, die über reichliche Mittel verfügen (die natürlich aus dem Schweiß der Arbeiter stammen, aber für die Interessen ihrer Klassengegner verwendet werden!). Aber gerade das zeigte den vielen jungen Freunden, die zu uns gekommen waren, daß wir um alles wirklich kämpfen müssen, daß wir aber auch alles aus eigener Kraft schaffen können. 2. Die besonders erfreuliche zahlreiche Teilnahme junger Menschen an der 1.Mai-Veranstaltung der VRA - Landesgruppe Vorarlberg zeigte den älteren Genossinnen und Genossen, die diesmal krankheitshalber oder aus anderen Gründen unserer Veranstaltung fernbleiben mußten,daß sich eine neue Generation junger Arbeiter, Schüler und Lehrlinge zusammenfindet, die nicht einfach "alte Traditionen pflegen" will,sondern bereit ist, durch Lernen und Kämpfen die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuter in unserem Lande gestürzt, die Volksmacht errichtet und der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in Angriff genommen werden kann.

Die Reden und Diskussionsbeiträge auf unserer Mai - Kundgebung der Vorarlberger Landesgruppe der VRA haben bewiesen, daß hier junge Vertreter unserer Arbeiterklasse den Kapitalisten sowie ihren Lakaien, den Arbeiterverrätern in der SPÖ und "K"PÖ, den entschlossenen und unversöhnlichen Kampf angesagt haben.

Die gelungene Veranstaltung unserer VRA-Landesgruppe Vorarlberg bestärkt uns in der Gewißheit: Durch praktische Erfahrungen im konsequenten Klassenkampf sowie durch das theoretische Studium der in der Grundsatzerklärung der VRA und in den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus niedergelegten Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus werden wir auch hier, in Vorarlberg, imstande sein, einen neuen Kader proletarischer Revolutionäre zu schmieden.
Der Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao Tsetungs, die Kampfbeispiele und Siege der revolutionären Völker werden immer stärker ein Kompaß und eine Waffe auch für die Arbeiterklasse unseres Landes werden. Das bei der Mai-Veranstaltung in Bregenz bekundete große Interesse an unserer Literatur, die leidenschaftlichen Diskussionen,die noch lange nach dem "offiziellen" Abschluß der Kundgebung weitergeführt wurden, sind ein überzeugender Ausdruck der brennenden Aktualität dieser revolutionären Ideen und Erfahrungen.

Wir stehen aber noch immer an einem bescheidenen Anfang. Vieles konnten wir durch Diskussionen bei dieser Versammlung, aber auch durch weitere Absprachen mit neuen Freunden lernen. Wir werden darangehen, Fehler und Mängel, die sich in unserer Arbeit gezeigt haben,zu beseitigen.

So gesehen, sind wir durch unseren ersten Mai in Vorarlberg bereits wieder stärker geworden.

»Für die Volksmacht«, Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML): Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7; für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 63 · Juni 1972

Weltpolizisten unterwegs





Der eine der beiden hat für Ruhe und Ordnung in der Tschechoslowakei gesorgt, der andere versucht dasselbe in Indochina. Die beiden mißtrauen einander zwar, einer will den andern bei der Aufteilung der Welt übers Ohr hauen, aber im wesentlichen sind sie sich trotzdem einig: daß die Welt eben aufgeteilt werden soll in Einflußgebiete der beiden Supermächte. Deshalb führen sie miteinander endlose Verhandlungen und unterzeichnen Verträge, gewürzt mit SALT und schönen Reden. Und im Austausch gegen einen günstigen Handelsvertrag ist Breschnew auch bereit, mit Nixon einen „Frieden" für Vietnam auszuhandeln – über die Köpfe der Vietnamesen hinweg.

Weltpolizisten unterwegs



Noch nie war der Verrat der Kreml-Herren so offenkundig und ihre sozialimperialistische Politik so deutlich zu sehen wie jetzt, Vietnam und ihre Packlerei mit Nixon beweisen das.

Die US-Imperialisten haben in Vietnam die schwersten Schläge erlitten.Was immer sie dort versuchten, sei es durch massiven Einsatz ihrer Elitetruppen oder durch die sogenannte "Vietnamisierung" des Krieges, ihre Politik ist durch den heldenhaften Kampf der Völker Indochinas zum Scheitern verurteilt. Ist es nun ein neuer Versuch, durch massive Bombenangriffe und der Verminung der Häfen Nordvietnams das Steuer doch noch herumzureißen? Nein, die US-Aggressoren wissen genau, daß sie auf den Schlachtfeldern Indochinas nichts gewinnen können. Was sie bezwecken, ist, durch die terroristischen Bombenangriffe das vietnamesische Volk einem erpresserischen Druck auszusetzen und mit der Verminung der Häfen und Verhängung einer Blockade eine Atmosphäre der"direkten Konfrontation der Supermächte" zu schaffen, die den "Weltfrieden" bedrohen könne.Eine Atmosphäre, in der die Supermächte durch ihre "Vernunft" und durch direkte Gespräche die "Weltkriegsgefahr" wieder "bereinigen". Darunter verstehen sie die Aufrechterhaltung des "Status quo" in der Welt,wie sie ihn zusammen schon seit vielen Jahren festgelegt haben. Und danach sind ihre "Einflußsphären" festgelegt, deren Grenze nach ihrem Willen in Vietnam eben am 17. Breitengrad liegt. Aus dem gleichen Grund wollen sie ja auch die Teilung Deutschlands und Koreas verewigen.

Die mörderischen Bombenangriffe sollen das vietnamesische Volk weichmachen gegenüber den Einflüsterungen der russischen "Freunde", den Krieg doch "vernünftig" zu beenden. Wobei sie darunter verstehen,den amerikanischen Einfluß in Südvietnam zu sichern, das vietnamesische Volk also um die Früchte seines heroischen Kampfes um Unabhängigkeit und Freiheit zu bringen. Und die Schaffung einer "Weltkriegsatmosphäre" soll einerseits den Verrat der Sozialimperialisten in Moskau tarnen - sie müssen ja "wahre" Freunde Vietnams sein, wenn sie ein solches Risiko eingehen, dieser Gedankengang soll angeregt werden - andererseits aber die Völker Indochinas in den Augen der Menschen zu mutwilligen Provokateuren eines Weltkriegs stempeln, die keine Vernunft annehmen wollten. Damit soll die Solidarität der werktätigen Massen und unterdrückten Völker mit den Völkern Indochinas untergraben und die Rolle der Weltpolizisten, die ausschließlich ihre imperialistischen Ziele verfolgen, verschleiert werden. Nixon und Breschnew können aber ihre Köpfe noch so oft zusammenstecken und Pläne aushecken,wie sie die Welt beherrschen könnten, die unterdrückten Volksmassen und werktätigen Menschen durchschauen ihre Ränke immer mehr. Je mehr Versuche sie unternehmen die Völker zu unterjochen, desto schwerer werden ihre Niederlagen werden.





Die imperialistischen Machthaber in den USA und Rußland sind trotz aller "friedlichen" Mäntelchen, die sie sich umhängen,isolierter denn je.Das kam bei den jüngsten Solidaritätsdemonstrationen für die Völker Indochinas in Wien und Salzburg klar zum Ausdruck. Trotz aller Versuche der österreichischen Handlanger der Kreml-Clique in der "K"PÖ-Führung, die Demonstranten irrezuführen und sich und Breschnew und Co. als "Freunde" der indochinesischen Völker auszugeben,setzte sich die richtige Erkenntnis immer mehr durch: Amerikanischer und russischer Imperialismus sind heute die Hauptfeinde der Völker der Welt. In vielen Diskussionen wurde das den Aktivisten der VRA bestätigt und wurden tausende Sondernummern der VRA-Zeitungen,die diese Erkenntnis klar beweisen, beifällig aufgenommen.

So ist es eben: Die Weltpolizisten glauben, durch eine Steigerung ihrer Unterdrückungsmaßnahmen die Völker einschüchtern zu können, statt dessen erleben sie aber eine Steigerung des Kampfes gegen sie. Da können sie noch so viele ihrer Lakaien einsetzen und ihre Meinungsmanipulanten in Rundfunk und Presse mobilisieren, wie es auch bei uns in Österreich geschieht. Die Herrschaften werden allesamt in zunehmendem Maße durchschaut, und das ist der erste Schritt zu ihrer Bekämpfung.

Die Demonstration in Salzburg und der Polizeieinsatz dabei hat gezeigt, wie die "Linkswendung" Kreiskys in der Vietnam-Frage und die Schaffung des SP-Indochina-Komitees zu verstehen ist. Man will eine gefährliche revolutionäre Strömung im Griff behalten, unschädlich und ungefährlich machen. Da kann man außerdem unsere "Demokratie" beweisen.Gelingt das nicht, sieht man ihr wahres Gesicht. Angesichts eines Erfolges der Demonstration in Salzburg - die Landung Nixons war in Frage gestellt - machte die Polizei unter den Augen Kreiskys "reinen Tisch". Und die Prominenten des SP-Indochina-Komitees aus dem Nationalrat vergnügten sich lieber auf dem Fußballplatz, derart dokumentierend,was sie unter Solidarität verstehen.

Nixon konnte auf seiner Packelei-Reise nach Moskau in Salzburg zwar zwischenlanden. Indem dabei aber die Verräterrollen von SP und "K"PÖ-Führung von tausenden Menschen klar erkannt wurden, indem die ausgesprochen faschistische Atmosphäre in Salzburg den Solidaritäts- und Einheitswillen der jungen, revolutionären Demonstranten ungemein stärkte, indem sich die marxistisch - leninistische Argumentation erfolgreich durchsetzte, kann man feststellen, daß der antiimperialistische Kampf in Österreich eine neue Qualität angenommen hat.

Mit Schwung in den Bankrott

Die britische Industrie ist lädiert. Na wenn schon. Die Regierung sucht bereits nach einem Weg, um das privatwirtschaftliche Vehikel wieder flottzumachen. Auf Kosten der Arbeiter.



Großbritannien ist von finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten bedrängt und die Monopolkapitalisten versuchen verzweifelt einen Ausweg daraus. Das ist klar erkennbar im Budget für 1972/73, das am 21. März von der britischen Regierung veröffentlicht wurde.

Im letzten Jahr befand sich die britische Wirtschaft in industrieller Stagnation, gestiegener Inflation und zunehmender Arbeitslosigkeit. Nach offiziellen Angaben wurde für 1971 ein Wachstum der Gesamtproduktion von nur 1,5 Prozent vermerkt. Das ist die niedrigste Wachstumsrate in Großbritannien seit mehr als einem Jahrzehnt und die niedrigste unter allen westlichen kapitalistischen Ländern. Zusätzlich zeigte die Industrieproduktion nur geringes oder gar kein Wachstum, wobei die Zunahme fast ausschließlich auf die öffentlichen Dienste beschränkt bleiben. In einigen Schlüsselindustrien sank die Produktion und verringerte sich die Investition. (Z.B. sank im letzten Jahr die Eisen-undStahlproduktion um 13 Prozent. Die Produktion von Wolltextilien war um 8 Prozent niedriger. Die Investitionen im Maschinenbau nahmen um 8 Prozent ab).

Die Arbeiterstreiks waren ein schwerer Schlag für viele Besitzer von Industrieunternehmen, deren Lage sich immer mehr verschlechtert. Die Stahlproduktion im Februar zeigt, daß dieser Prozeß noch immer andauert. Die Produktionsziffern lagen um 36,5 Prozent unter denen im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. Im Jänner war die Anzahl der fertiggestellten Autos um 10 Prozent niedriger. Die Nationale Kohlebehörde schätzt, daß der Produktionsverlust während der ersten zwei Monate dieses Jahres ca. 100 Millionen Pfund Sterling beträgt.

Infolge desProduktionsrückganges sind viele Fabriken und Unternehmen bankrott gegangen. 1415 Konkursanträge wurden allein beim Oberen Gerichtshof eingereicht. Das ist um 30 Prozent mehr als 1970. Der Bankrott solcher großen Betriebe wie der Rolls Royce Gesellschaft und des Upper Clyde Schiffbaus hat der britischen Wirtschaft noch schwerere Schläge versetzt.

Im letzten Jahr nahmen Inflation und Arbeitslosigkeit zu und die Kleinhandelspreise stiegen im Vergleich zu 1970 um 9 Prozent; das ist die höchste Zunahme seit 1950. Die Lebensmittelpreise kletterten um 12,4 Prozent. Heute kauft man um ein Pfund Sterling nur mehr 88 Prozent von dem, was man im Juni 1970 kaufen konnte. In den ersten 3 Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Arbeitslosen über der 1-Millionengrenze geblieben. Das ist die höchste Zahl seit 30 Jahren.

Mit dieser Situation im Hintergrund hat der britische Finanzminister Anthony Barber das neue Budget dem Unterhaus vorgelegt und eingestanden, daß die britische Wirtschaft einen "Antrieb" braucht. Er sagte auch, daß Großbritannien weiterhin "von den Zwillingsübeln Inflation und Arbeitslosigkeit" beherrscht wird. Der Kommentar der "Times" anläßlich der Veröffentlichung des neuen Budgets stellt fest: "Das allgemeine Bild der Industrieproduktion bleibt ungemildert düster.

Einer der Hauptgesichtszüge des Budgets ist, daß es sich nicht auf das Bedürfnis der britischen herrschenden Clique konzentriert, Mitglied im Westeuropäischen Gemeinsamen Markt zu werden. Daher wird Nachdruck auf die Schaffung von "Anreizen" für Kapitalinvestitionen gelegt, um die gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden und britische Waren auf den einheimischen und ausländischen Markt wettbewerbsfähiger zu machen. Daher Barber's Bemerkungen: "Es ist das erste Budget seit das Parlament den entscheidenden Schritt unternahm, der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten zu wollen". Er betont die Notwendigkeit die britische Industrie zu modernisieren, neu auszurüsten und zu organisieren.

Das neue Budget umreißt Pläne zur Reform des britischen Steuersystems um es mit dem der Mitgliedsländer des westeuropeischen Gemeinsamen Marktes in Einklang zu bringen. Es schlägt auch vor, daß die Mehrwertsteuer wirksam wird, die für die Expansion und Produktion des Monopolkapitals günstiger ist, und das weitere Garantien gemacht werden, die den Kapitalisten helfen, die in den sogenannten "Entwicklungsländern" investieren.

Das neue Budget schlägt Steuererleichterungen für die Monopolkapitalisten vor. Zum Beispiel hilft die Senkung der Körperschaftssteuer den Kapitalisten höhere Profite zu erreichen. Die Kursierung derVerkaufssteuer ist zum Vorteil der Kapitalisten, die damit hoffen mehr Waren zu verkaufen; sofortige neue Abschreibung wird die Investitionsfreudigkeit der Kapitalisten erhöhen.

Angesichts des zunehmenden Kampfes des arbeitenden Volkes gegen steigende Preise und zunehmender Arbeitslosigkeit, schlägt das neue Budget einige wenige "kleine Zuckerln" für die Arbeiter vor. Wie die Anhebung der Renten und Pensionen. Das ist ein Versuch das Volk zu täuschen und dieHerrschaft des Monopolkapitals zu sichern. Das neue Budget schlägt keine einzige konkrete Maßnahme gegen den steilen Preisanstieg vor, der direkt die Lebenshaltung des Volkes bedroht. Jedoch treibt es weiterhin die Real-Lohnsenkung voran. Zuallem sieht das Budget vor, daß das Volk höhere Beiträge zur " Nationalversicherung" zahlen soll. Einige britische Zeitungen erklären, daß die Maßnahmen, die von der Regierung in der gegenwärtigen Situation einer wachsenden Inflation getroffen wurden, "kaum mehr bewirken als die Folgen der Inflation wieder gutzumachen", und daß "das neue System unzweifelhaft den armen Schichten der Gesellschaft neue Lasten aufbürdet".



Anstatt die chronische Krankheit der britischen Wirtschaft zu heilen werden die von der Regierung und ihrem neuen Budget getroffenen Maßnahmen nur zu weiterer Verschlechterung der Wirtschaftslage führen. Insbesondere durch die wachsende politisch- wirtschaftliche Krise des Kapitalismus und des verschärften Wettstreits um Märkte wird es für die angeschlagene britische Wirtschaft außerordentlich schwer sein, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Die Aufträge an die britische Maschinenbauindustrie werden für das vergangene Jahr um 8,5



„Da fällt mir ein, daß auch Österreich demnächst der EWG beitreten soll."

Prozent niedriger als für das Vorjahr angewiesen;der Rückgang ausländischer Aufträge war noch stärker, er lag bei 12 Prozent. Diese Tendenz hält weiterhin an. Offizielle Zahlen zeigen für Februar ein Defizit von 30 Millionen Pfund Sterling im britischen Handel.

•

Dieser Bericht über England verblüfft insofern, als man ähnliche Töne auch in Österreich vernimmt. Dor' wie bei uns die gleichen Phrasen, mit dnenen das Volk betrogen, und die gleichen Maßnahmen, mit denen ausgeplündert werden soll. Die Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft, besonders in Hinblick auf den EWG-Beitritt, sollen auf die arbeitenden Menschen abgewälzt werden, aus denen man noch mehr Profit herausquetschen will. Auch das trifft auf Österreich zu.Es zeigt nur die bodenlose Demagogie der SPÖ-Führer, wenn sie ein " Arrangement " Österreichs mit der EWG als"goldenen Ausweg aus Schwierigkeiten" anpreisen. Tatsächlich folgen wir dabei den Befehlen vor allem des westdeutschen Monopolkapitals. Die Zeche sollen die österreichischen Arbeiter zahlen.

Bei der Demonstration der SPÖ am 1. Mai wurden Losungen mitgeführt, die den Anschluß Österreichs an die EWG begrüßten. Das zeigt, wie weit der Betrug schon gediehen ist. Wir müssen uns stattdessen an den englischen Arbeitern ein Beispiel nehmen, die mit machtvollen Streikkämpfen, die Anschläge der Kapitalisten auf ihre Lebenshaltung antworten und sich Lohnerhöhungen erkämpfen, die weit über unseren zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsbonzen ausgepackelten liegen.

Historischer Händedruck



Der Sohn des Kaisers rief – und alle, alle kamen. Zumindest alle jene, durch deren verkalkte Arterien edles blaues Blut fließt, und jene, die wenigstens einen Konservenfabrikanten zum Schwiegervater haben. Im Rathaus, dem Hort des „roten Wien", gab's ein offizielles Festessen der stockkonservativen Paneuropa-Union, deren Träume so zwischen Donaumonarchie und Weltmacht Europa hin- und hergaukeln. Als Obergaukler fungiert ein alter Graf, während einer der Vizegaukler, die Graue Eminenz, kein Geringerer als Otto Habsburg ist. Ein Mitglied des Ehrenpräsidiums wiederum heißt Bruno Kreisky. Und so kam, was kommen mußte: Der historische Handschlag zwischen Kaisersohn und Konservenfabrikanten-Schwiegersohn, eine wahrhaft symbolische Geste für das Bündnis zwischen Adel und Kapital.

Manch aufmerksamer Beobachter mag sich nun an die Zeit erinnern, als der Bruno den Otto noch als „Unruhestifter, der eine besondere Stellung im öffentlichen Leben Österreichs beansprucht", bezeichnete. Oder gar an das 63er Jahr, als der SP-Innenminister, Olah hieß er, dem Habsburger die Einreise in die Republik verbot. Doch auch damals, so sieht man es jetzt aus genügender Entfernung, ging's der SP nicht etwa um politische Grundsätze, sondern um ein schlichtes Ablenkungsmanöver wegen parteiinterner Schwierigkeiten. Denn damals reifte der Olah-Skandal heran, und Kreisky sägte bereits emsig an den Sesselbeinen des Parteichefs Pittermann.

Wer unterstützt aber eigentlich diese Paneuropa-Union, bei deren Jubiläumsfeier auf allgemeinen Wunsch jener Händedruck wiederholt wurde, worauf das erlauchte Auditorium in Applaus ausbrach. Nun, die Begrüßungsbotschaften stammten fast ausschließlich von konservativen bis extrem-reaktionären Politikern. Wobei es bezeichnend ist, daß seinerzeit auch schon der „Sozialist" Karl Renner ein Förderer dieser obskuren Union war. Und die Ziele der Paneuropäer? Tja, die sind, wie schon angedeutet, breit gefächert. Während die blaublütigen Herrschaften wohl eher von einem Vereinten Kaiserreich Europa schwärmen, haben die bürgerlichen, kaufmännisch geschulten Mitglieder schon handfestere Vorstellungen. Zum Beispiel eine EWG, die möglichst ganz Europa umfaßt. Oder ein gar nicht so utopisches wirtschaftliches Arrangement mit den heutigen Sowjetführern. Denn so ein Wirtschaftsraum vom Atlantik bis nach Wladiwostok, das wäre für die Fabrikanten eine schöne Sache. Eine schöne runde, schwere Sache. Wie eine gutgefüllte Konservendose.

Im Warenhaus »Ostwind«



Eine Ecke im Tungfeng-Großkaufhaus von Peking. Das Bild zeigt die Verkäufer bei den Vorbereitungen zur Tagesarbeit.

Das berühmte Großkaufhaus Tung-feng (Ostwind) in der Pekinger Geschäftsstraße Wangfuching ist seit dem Frühlingsfest voll von allen Arten von Konsumgütern und Lebensmitteln. Das Geschäft ist überfüllt von Arbeiter-Bauern- und Soldatenkunden.

Der Vorläufer des Großkaufhauses war der Tungan-Basar, der vor 69 Jahren zur Zeit der Tjing- Dynastie erbaut wurde.Vor der Befreiung war der Basar mit Juwelengeschäften, hochmodernen Schneidergeschäften, Restaurants und Imbißstuben, einem Tanzsaal, Teehäusern und einem Billardklub ausgestattet, um den extravaganten und luxus besessenen Aristokraten, Kriegsgewinnlern, Gutsbesitzern und Kapitalisten entgegenzukommen. Überall im Basar wurden ausländische Waren feilgeboten, die den Handel des halbfeudalen und halbkolonialen alten China widerspiegelten. Als sich die reaktionäre Kuomintang-Herrschaft ihrem Ende näherte, stiegen die Preise ins Unendliche und verfiel der Handel immer mehr. Ein Drittel der 900 Geschäfte des Basars mußte sperren.

Nach der Gründung des sozialistischen China wurde der Basar zu neuem Leben erweckt. Durch Verbindung von öffentlichem mit privatem Eigentum baute die Volksregierung die Geschäfte um und verwandelte den Basar in ein vom Staat geführtes Handelsunternehmen. Dies geschah unter Befolgung der Parteipolitik und Berücksichtigung der Bedürfnisse des Volkes. Da viele Gebäude verfallen waren, gab das revolutionäre Stadtkomitee von Peking Geldmittel zum Wiederaufbau des Unternehmens und verwandelte es in ein Großkaufhaus.Als dieses 1969 fertiggestellt war, erhielt es den Namen Tungfeng- Großkaufhaus.

Das Großkaufhaus hat eine verbaute Fläche von 27.000 Quadratmetern. Zum Verkauf werden Woll-,Seiden-und Baumwolltextilien, Strickkleidung, Wolljacken, Nylonstrümpfe, Bettdecken, Wollgarn und viele andere Waren angeboten, wie Emailgeschirr, Küchengeschirr aus Aluminium, Plastikprodukte, Papierwaren, Transistorradios, Wand- und Armbanduhren, Kameras und exquisite handgefertigte Kunstgegenstände. Die Qualität ist gut. Die 18.000 zum Verkauf angebotenen Produkte werden in China hergestellt.

Während der großen Proletarischen Kulturrevolution haben die einzelnen Industriezweige das Prinzip der gleichzeitigen Entwicklung von Schwer- und Leichtindustrie verwirklicht, wobei sie der Schwerindustrie den Vorrang einräumten.Dadurch wurde die Mannigfaltigkeit der Produkte stark erhöht. Infolge des raschen Anwachsens der chemischen Industrie und der Textilindustrie Chinas verkauft das Großkaufhaus heute 750 verschiedene Arten von Bekleidungsgegenständen aus Nylon Vinylon und Polyester, im Vergleich zu 400 vor einigen Jahren. Jeden Tag ist die Transistorradioabteilung von Kunden umlagert.Vor der Kulturrevolution wurden nur ein paar Typen von diesen Radios verkauft. Heute werden 60 bis 70 verschiedene Typen angeboten.



„Da fällt mir ein, daß auch Österreich demnächst der EWG beitreten soll."

Prozent niedriger als für das Vorjahr angewiesen;der Rückgang ausländischer Aufträge war noch stärker, er lag bei 12 Prozent. Diese Tendenz hält weiterhin an. Offizielle Zahlen zeigen für Februar ein Defizit von 30 Millionen Pfund Sterling im britischen Handel.

Dieser Bericht über England verblüfft insofern, als man ähnliche Töne auch in Österreich vernimmt. Dort wie bei uns die gleichen Phrasen, mit denen das Volk betrogen, und die gleichen Maßnahmen, mit denen ausgeplündert werden soll. Die Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft, besonders in Hinblick auf den EWG-Beitritt, sollen auf die arbeitenden Menschen abgewälzt werden, aus denen man noch mehr Profit herausquetschen will. Auch das trifft auf Österreich zu.Es zeigt nur die bodenlose Demagogie der SPÖ-Führer, wenn sie ein " Arrangement " Österreichs mit der EWG als"goldenen Ausweg aus Schwierigkeiten" anpreisen. Tatsächlich folgen wir dabei den Befehlen vor allem des westdeutschen Monopolkapitals. Die Zeche sollen die österreichischen Arbeiter zahlen.

Bei der Demonstration der SPÖ am 1. Mai wurden Losungen mitgeführt, die den Anschluß Österreichs an die EWG begrüßten. Das zeigt, wie weit der Betrug schon gediehen ist. Wir müssen uns stattdessen an den englischen Arbeitern ein Beispiel nehmen, die mit machtvollen Streikkämpfen, die Anschläge der Kapitalisten auf ihre Lebenshaltung antworten und sich Lohnerhöhungen erkämpfen, die weit über unseren zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsbonzen ausgepackelten liegen.

Historischer Händedruck



Der Sohn des Kaisers rief – und alle, alle kamen. Zumindest alle jene, durch deren verkalkte Arterien edles blaues Blut fließt, und jene, die wenigstens einen Konservenfabrikanten zum Schwiegervater haben. Im Rathaus, dem Hort des „roten Wien", gab's ein offizielles Festessen der stockkonservativen Paneuropa-Union, deren Träume so zwischen Donaumonarchie und Weltmacht Europa hin- und hergaukeln. Als Obergaukler fungiert ein alter Graf, während einer der Vizegaukler, die Graue Eminenz, kein Geringerer als Otto Habsburg ist. Ein Mitglied des Ehrenpräsidiums wiederum heißt Bruno Kreisky. Und so kam, was kommen mußte: Der historische Handschlag zwischen Kaisersohn und Konservenfabrikanten-Schwiegersohn, eine wahrhaft symbolische Geste für das Bündnis zwischen Adel und Kapital.

Manch aufmerksamer Beobachter mag sich nun an die Zeit erinnern, als der Bruno den Otto noch als „Unruhestifter, der eine besondere Stellung im öffentlichen Leben Österreichs beansprucht", bezeichnete. Oder gar an das 63er Jahr, als der SP-Innenminister, Olah hieß er, dem Habsburger die Einreise in die Republik verbot. Doch auch damals, so sieht man es jetzt aus genügender Entfernung, ging's der SP nicht etwa um politische Grundsätze, sondern um ein schlichtes Ablenkungsmanöver wegen parteiinterner Schwierigkeiten. Denn damals reifte der Olah-Skandal heran, und Kreisky sägte bereits emsig an den Sesselbeinen des Parteichefs Pittermann.

Wer unterstützt aber eigentlich diese Paneuropa-Union, bei deren Jubiläumsfeier auf allgemeinen Wunsch jener Händedruck wiederholt wurde, worauf das erlauchte Auditorium in Applaus ausbrach. Nun, die Begrüßungsbotschaften stammten fast ausschließlich von konservativen bis extrem-reaktionären Politikern. Wobei es bezeichnend ist, daß seinerzeit auch schon der „Sozialist" Karl Renner ein Förderer dieser obskuren Union war. Und die Ziele der Paneuropäer? Tja, die sind, wie schon angedeutet, breit gefächert. Während die blaublütigen Herrschaften wohl eher von einem Vereinten Kaiserreich Europa schwärmen, haben die bürgerlichen, kaufmännisch geschulten Mitglieder schon handfestere Vorstellungen. Zum Beispiel eine EWG, die möglichst ganz Europa umfaßt. Oder ein gar nicht so utopisches wirtschaftliches Arrangement mit den heutigen Sowjetführern. Denn so ein Wirtschaftsraum vom Atlantik bis nach Wladiwostok, das wäre für die Fabrikanten eine schöne Sache. Eine schöne runde, schwere Sache. Wie eine gutgefüllte Konservendose.

Eine Ecke im Tungfeng-Großkaufhaus von Peking. Das Bild zeigt die Verkäufer bei den Vorbereitungen zur Tagesarbeit.



Im Warenhaus »Ostwind«

Das berühmte Großkaufhaus Tung-feng (Ostwind) in der Pekinger Geschäftsstraße Wangfuching ist seit dem Frühlingsfest voll von allen Arten von Konsumgütern und Lebensmitteln. Das Geschäft ist überfüllt von Arbeiter- Bauern- und Soldatenkunden.

Der Vorläufer des Großkaufhauses war der Tungan-Basar, der vor 69 Jahren zur Zeit der Tjing- Dynastie erbaut wurde.Vor der Befreiung war der Basar mit Juwelengeschäften, hochmodernen Schneidergeschäften, Restaurants und Imbißstuben, einem Tanzsaal, Teehäusern und einem Billardklub ausgestattet, um den extravaganten und luxus besessenen Aristokraten, Kriegsgewinnlern, Gutsbesitzern und Kapitalisten entgegenzukommen. Überall im Basar wurden ausländische Waren feilgeboten, die den Handel des halbfeudalen und halbkolonialen alten China widerspiegelten. Als sich die reaktionäre Kuomintang-Herrschaft ihrem Ende näherte, stiegen die Preise ins Unendliche und verfiel der Handel immer mehr. Ein Drittel der 900 Geschäfte des Basars mußte sperren.

Nach der Gründung des sozialistischen China wurde der Basar zu neuem Leben erweckt. Durch Verbindung von öffentlichem mit privatem Eigentum baute die Volksregierung die Geschäfte um und verwandelte den Basar in ein vom Staat geführtes Handelsunternehmen. Dies geschah unter Befolgung der Parteipolitik und Berücksichtigung der Bedürfnisse des Volkes. Da viele Gebäude verfallen waren, gab das revolutionäre Stadtkomitee von Peking Geldmittel zum Wiederaufbau des Unternehmens und verwandelte es in ein Großkaufhaus.Als dieses 1969 fertiggestellt war, erhielt es den Namen Tungfeng- Großkaufhaus.

Das Großkaufhaus hat eine verbaute Fläche von 27.000 Quadratmetern. Zum Verkauf werden Woll-,Seiden-und Baumwolltextilien, Strickkleidung, Wolljacken, Nylonstrümpfe, Bettdecken, Wollgarn und viele andere Waren angeboten, wie Emailgeschirr, Küchengeschirr aus Aluminium, Plastikprodukte, Papierwaren, Transistorradios, Wand- und Armbanduhren, Kameras und exquisite handgefertigte Kunstgegenstände. Die Qualität ist gut. Die 18.000 zum Verkauf angebotenen Produkte werden in China hergestellt.

Während der großen Proletarischen Kulturrevolution haben die einzelnen Industriezweige das Prinzip der gleichzeitigen Entwicklung von Schwer- und Leichtindustrie verwirklicht, wobei sie der Schwerindustrie den Vorrang einräumten.Dadurch wurde die Mannigfaltigkeit der Produkte stark erhöht. Infolge des raschen Anwachsens der chemischen Industrie und der Textilindustrie Chinas verkauft das Großkaufhaus heute 750 verschiedene Arten von Bekleidungsgegenständen aus Nylon Vinylon und Polyester, im Vergleich zu 400 vor einigen Jahren. Jeden Tag ist die Transistorradioabteilung von Kunden umlagert.Vor der Kulturrevolution wurden nur ein paar Typen von diesen Radios verkauft. Heute werden 60 bis 70 verschiedene Typen angeboten.

Im letzten Jahr hat der Staat dafür die Preise durchschnittlich um ein Drittel gesenkt.

Die Lebensmittelabteilung hat eine große Vielfalt von Produkten aus allen Teilen des Landes, Sie verkauft Süßigkeiten,Obstkonserven, Lebensmittelkonserven, Zigaretten,Likör,Wein, Fleisch und Eier. Es besteht ein großer Vorrat an Äpfeln, Birnen, Orangen usw.

Die Gaststätten der Mintsu, Hunan - und Szechwan-Nationalität, die an das Großkaufhaus angeschlossen sind,bieten örtliche Spezialitäten an.

Das Taohsiangchun-Lebensmittelgeschäft, das größte seiner Art im ehemaligen Tungan-Basar, verkaufte nur ein paar Hundert Arten von Lebensmitteln.Heute verkauft das Großkaufhaus 2.400 davon.

Über dem Eingang zum Tungfeng- Großkaufhaus wurde die große Weisung des Vorsitzenden Mao geschrieben:"Dem Volke dienen." Die mehr als 2.000 Arbeiter und Angestellten des Geschäfts lassen sich bei ihrer Arbeit von dieser Lehre leiten.

Die Uhrenverkaufsabteilung erhielt vor einiger Zeit einen Brief aus dem koreanischen autonomen Gebiet von Yenpien in der Provinz Kirin, worin man um einen Wecker mit zwei Klingeln bat, wie sie bei den Kunden vom Lande beliebt sind.Der war aber zu dieserZeit nicht vorrätig.Sofort setzte sich die Abteilung mit dem Großhandelsbetrieb in Verbindung, suchte einen schönen Wecker aus und schickte ihn den Kunden aus dem fernen Nordosten. Nach einem halben Monat kam ein Brief, in dem sich der Kunde bei den Verkäufern für ihre Arbeit im Dienste des Volkes bedankte.

Eines Tages kamen zwei Leute an den Verkaufsstand für elektrische Geräte und verlangten einen 1000-Watt-Wärmestrahler.Da dieser 11 Yuan kostete zögerten sie.Der Verkäufer fragte sie und erfuhr, daß sie den Strahler für eine Dorfklinik kaufen wollten. Da dachte der Verkäufer daran, der Produktionsbrigade bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen. Also besorgte er sich mit dem Einverständnis der Käufer Material und fertigte selbst einen Strahler zum Preis von nur 1,79 Yuan an. Die Käufer waren gerührt und sagten: "In der alten Gesellschaft führten die Kapitalisten die Geschäfte nur um ihres Profites willen. Für Geld haben sie alles gemacht.Heute macht Ihr Verkäufer alles im Interesse desVolkes und seid einen Sinns mit uns armen und mittleren Bauern."

Dieses Lob aus dem werktätigen Volk zeigt den wesentlichen Unterschied zwischen sozialistischem und kapitalistischem Handel. In den Tagen vor der Befreiung forderten die Kapitalisten im Tungan- Basar hohe Preise und betrogen die Kunden. Nach der Befreiung wurde das kapitalistischeDenken und die kapitalistischen Geschäftsweisen ausgerottet. Während der Kulturrevolution kritisierten die Handelsarbeiter unablässig das konterrevolutionäre revisionistischeGeschwätz "Profit an erster Stelle",das vom Verräter und Banditen Liu Schao-tschi in Umlauf gesetzt worden war.

Das Mintsu - Restaurant ist Tag und Nacht geöffnet und steht somit den in Nachtschicht arbeitenden Fabriksarbeitern und Angestellten, den Bauern, die aus den Vororten mit Gemüse kommen, den Straßenkehrern und den Reisenden zur Verfügung. Zu allen Tageszeiten werden köstliche heiße Mahlzeiten serviert.

Das Großkaufhaus hat Schnellreparaturwerkstätten eingerichtet, zum Beispiel für Handtaschen und Füllfedern. Eine Anzahl von Verkaufsabteilungen verkaufen viele Arten von Gebrauchsartikeln um den vielfältigen Bedürfnissen der Kunden zu entsprechen. So kann man auch einen einzelnen Socken kaufen und um 25 Groschen die Füllfeder nachfüllen lassen.

Das Großkaufhaus arbeitet mit Groß - handelsabteilungen von Industrie und Handel zusammen,umAusstellungen durchzuführen, die neue Produkte zur Schau stellen,und die Meinung der Konsumenten in Erfahrung zu bringen und damit den Fabriken bei der Verbesserung der Qualität und der Erweiterung der Produktionspalette zu helfen.Die gemeinsamen Bemühungen der Produzenten,Lieferanten und Verkäufer haben die Entwicklung von örtlichen Industrien vorangetrieben und einen blühenden Markt geschaffen.

Das Denken der Verkäufer hat sich grundlegend geändert.In den Tagen vor der Befreiung arbeiteten sie wie Sklaven.Heute aber nehmen sie an der Leitung der Großkaufhauses teil.

In der alten Gesellschaft haben die ungefähr 200 bis 300 Verkäufer unter der kapitalistischen Ausbeutung stark gelitten.Nach der Befreiung haben sie, angeleitet von der Partei, eifrig die Werke des Vorsitzenden Mao studiert und entschieden die revolutionäre Linie befolgt und verteidigt.

Sie kämpfen gegen die reaktionären Kapitalisten und gegen die bürgerliche Denkweise und Leistungsmetode.Sie haben ständig ihr Klassenbewußtsein, und das Bewußtsein des Kampfes zwischen den zwei linien erhöht. Viele von ihnen wurden in die Partei aufgenommen und auf führende Posten verschiedener Ebenen gewählt. Fan Wenliang, heute 58 Jahre alt, ein Parteimitglied und Leiter eines Restaurantes,hat vor der Befreiung als Kellner gearbeitet. Er war körperlich sehr schwach, weil er vom Chef geschunden wurde, und hatte ein Augenleiden. Aus einem starken Verantwortungsgefühl heraus arbeitet er hart, obwohl er halb blind ist.Wenn führende Genossen ihn bewegen wollen, in den Ruhestand zu treten, wehrte er sich jedes Mal dagegen. Er sagt: "Unser großer Führer, Vorsitzender Mao, hat mich von all den vielen Leiden befreit. Solange ich lebe, werde ich für die Revolution arbeiten." Er bildet hingebungsvoll junge Leiter heran. Die Anzahl der Tafelgerichte steigt, was von denKunden sehr geschätzt wird.


Verkäufer des Tungfeng-Großkaufhauses bringen Ware in eine Fabrik Pekings und fragen die Arbeiter um ihre Meinung.

In den vergangenen zwei Jahren sind mehr als 500 Studenten zur Arbeit in das Großkaufhaus gekommen.Die Parteiorganisation und ältere Arbeiter haben den begeisterten Jungen geholfen, ihre Tätigkeit rasch zu verbessern. Erzogen durch die Mao-Tsetung-Ideen reift eine neue Generation von Handelsarbeitern im Dienste des Volkes heran.

Der Schwindel mit der Steuerreform

Zu der großmäulig angepriesenen Steuerreform des SP-Finanzministers Androsch wird noch so manches zu sagen sein. Diesmal beschränken wir uns auf eine ihrer Seiten, die von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Die Kreisky-Regierung will die von den Kapitalisten seit langem vorbereitete „große Lohn- und Einkommensteuerreform" gleichzeitig mit der neuen Mehrwertsteuer am 1. Jänner 1973 in Kraft setzen. Das ist kein Zufall. Denn Fachleute haben festgestellt, daß die 5,3 Milliarden, die Androsch durch diese Reform angeblich den Steuerzahlern „schenkt", keineswegs einen Einnahmenausfall im Budget bedeuten, „da aus der Mehrwertsteuer beträchtlich höhere Steuereinnahmen als bisher zu erwarten seien", wie zum Beispiel die „Süddeutsche Zeitung" am 17. April aus Wien meldete.

Es geht aber nicht bloß darum, daß die Steuern auf Konsumgüter stark ansteigen werden, wodurch sich laut Benya die Lebenshaltungskosten im kommenden Jahr um 7 Prozent erhöhen würden; es geht auch darum, daß durch die Umstellungen im Steueraufkommen die arbeitenden Menschen im Verhältnis zu den Reichen noch mehr zu zahlen haben. Denn im Vergleich zu den direkten Steuern, die immerhin einigermaßen nach der Höhe des Einkommens gestaffelt sind, nehmen die indirekten Steuern, die jeden Konsumartikel, unabhängig von der Dicke des Geldbeutels, in gleicher Höhe belasten, ganz erheblich zu. Und darum geht es eben bei dieser famosen „Reform"!

Professor Fritz K l e n n e r, einer der prominentesten bürokratischen Kapitalisten in der SP-Führung, schrieb schon 1966 folgende von der großbürgerlichen „Presse" lebhaft begrüßte Sätze: „Die Sozialisten waren früher für direkte und gegen indirekte Steuern. Indirekte Steuern auf Massengebrauchsartikel belasten unsichtbar die breite Masse des Volkes. Heute ist ohne indirekte Steuern kein Staatshaushalt zu führen. Die Zeiten haben sich geändert..." Und weiter: „Es soll bewußt soweit wie möglich der Weg indirekter Steuern gegangen werden, sie sind nicht nur weniger sichtbar (!) und wecken weniger Unmut(!!), sie bringen auch heute... mehr ein (!!!)." Klenner betont ausdrücklich, man solle sich „nicht gegen Massensteuern wenden, weil sie dem (kapitalistischen, versteht sich) Staatssäckel am meisten einbringen".

Das ist eine jener „strukturellen Reformen" der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft, die – wie auf dem Villacher SP-Parteitag (und vorher schon von den „K"PÖ-Revisionisten!) verzückt deklamiert wurde – auf „friedlichem Wege allmählich" zum Sozialismus führen sollen. Mit so einem Sozialismus werden die Herrschaften auf die Dauer die Arbeiter nicht bei der Stange halten können...

Du sollst nicht Klassenkampf treiben!

In unserem Land war es üblich, daß zu Ostern die Zuschauer und Zuhörer des Rundfunks mit recht salbungsvollen Worten von "Osterfrieden", "himmlischer Gerechtigkeit" usw. berieselt wurden. Wer sich in diesem Jahr ähnliches erwartete - es zeigte sich Kardinal König höchstpersönlich am Fernsehschirm - merkte rasch seinen Irrtum.

Nachdem der Kardinal unsere so herrliche "liberale Demokratie" in den Himmel gehoben hatte, daß man sich ins Paradies versetzt glaubte, kam es, man höre und staune, auch anders. Es gäbe in diesem Paradies auf Erden Österreich auch Gruppen, die gegen die "paradiesischen" Zustände bei uns rebellieren. Wären es nun etwa Höllenqualen nach dem Tode, die solch "böse Menschen" erwarteten,nun,der Sprachgebrauch der Religion wäre gewahrt geblieben. So aber rief der Herr Kardinal zur "Wachsamkeit" gegen solche Gruppen auf, die man sozusagen hindern müsse,ihre Ziele durchzusetzen. Er "warnte" gleichzeitig, daß diese Tendenzen auf Seite der"Rechten" zu einer gewaltsamen Reaktion führen könnten. Der Prälat Seipel hat in der Ersten Republik ähnliche Töne verlauten lassen. Und unter Berufung auf "umstürzlerische Tendenzen innerhalb der Arbeiterschaft" wurden von der herrschenden Klasse die Heimwehren hochgepäppelt, wurden im Juli 1927 die gegen den Freispruch von Arbeitermördern demonstrierenden Arbeiter von den Schober-Garden niedergeschossen, und wurde schließlich im Februar 1934 die Arbeiterbewegung durch die austro-faschistische Diktatur in Blut ertränkt.

Wäre es wirklich so, daß die große Masse der Bevölkerung in unserer "liberalen Demokratie" zufrieden und nur ganz wenige



unzufrieden wären, dann hätte es doch klarerweise der oberste Kirchenfürst nicht für notwendig gehalten, solche "Warnungen" von sich zu geben. Darin spiegelt sich ja nur die Angst der Kapitalistenklasse, der wahren Beherrscher dieser "Demokratie",vor selbständigen Aktionen der Arbeiterklasse zur Abwehr der dauernden Angriffe auf ihre Lebenshaltung wider. Bis jetzt gelingt es nämlich noch der herrschenden Klasse, die werktätigen Massen durch die Gewerkschaftsbund-Politik der "Sozialen Partnerschaft" oder "Mitbestimmung" vom gerechten Kampf um ihre Anliegen abzuhalten. Deshalb lobt der Kardinal gleichzeitig im ÖGB-Organ "Arbeit und Wirtschaft" die auf "sozialen Frieden" ausgerichtete Politik der Arbeiterverräter. Und er "warnt" die Arbeiter, dieser Politik den Gehorsam zu verweigern, denn andernfalls drohe eben Gewalt von "Rechts".

Wir müssen Kardinal König dankbar sein, daß er faktisch auf die Unzufriedenheit breiter Volksmassen und zugleich auf die faschistische Gewalt als letztes Mittel der herrschenden Klasse gegen einen Abwehrkampf der Volksmassen hinweist.Damit beweist er, daß die unheilige Dreieinigkeit von Staatsapparat, Partei-und Gewerkschaftsbonzen und Kirche das österreichische Volk ausschließlich zur Erhaltung der Kapitalsherrschaft politisch,moralisch und ideologisch gängelt. Diese Herrschaften wissen wohl, vielleicht noch viel besser als wir selbst, daß breite Massen, vor allem der jüngeren Generation, den faulen Zauber der kapitalistischen Manipulation durchschauen und dagegen zu rebellieren beginnen. Es ist daher kein Wunder, daß die Herren unruhig werden.

In der ganzen Welt geht heute eine stürmische revolutionäre Bewegung gegen Kapitalismus und Imperialismus vor sich. Weder "demokratischer" Betrug noch faschistische Gewalt kann diese Bewegung aufhalten. Sie wird auch an den Grenzen Österreichs nicht haltmachen.

Und wir, die wir uns von den Worten Dr. Königs über "rebellische Gruppen" angesprochen fühlen, werden uns nicht abhalten lassen, die Arbeiterschaft über diese geschichtliche Gesetzmäßigkeit aufzuklären. Denn wo Ausbeutung und Unterdrückung ist, gibt es unweigerlich Unzufriedenheit und Rebellion.

Was veranlaßt einen bürgerlichen Journalisten, der bürgerlichen Polizei ein Hackl ins Kreuz zu hauen? Offenbar ein Mißverständnis. Denn beide, Journalist und Polizist, dienen doch letzten Endes demselben Herrn. Und mitunter haben — wenn auch vielleicht jeder auf seine Art — beide sogar

Sehnsucht nach der Sonne Griechenlands

Die Glossisten der „Kronen-Zeitung" lieben es, ihre politischen Ansichten möglichst launig und zweckmäßigerweise leicht verschleiert unters Volk zu bringen. Um welche Ansichten es sich hierbei handelt, ist nicht schwer zu erraten, und daß ein Jeannée (sprich: Schani?) keinesfalls Rechts-, Polizei- und Wohlfahrtsstaaten kritisiert, ist gleichermaßen klar. Wenn's Jeannée aber trotzdem einmal übers Herz bringt, der österreichischen Polizei ihre Spitzeltätigkeit vorzuwerfen, dann tut er's mit einer bemerkenswerten Befürchtung:

Statt konstruktive Arbeit zu leisten, werden etwa Dossiers über Bürger angelegt, die ihre Ferien lieber in Spanien als in Rumänien verbringen, die die Sonne Griechenlands der von Jugoslawien vorziehen. Tenor: Angeführter ist vielleicht rechtsradikal ...





Werter Jeannée! Wir verstehen Ihre Sehnsucht nach griechischen oder spanischen Zuständen, doch wie, um alles in der Welt, kommen Sie auf die absurde Idee, daß unsere Polizei ausgerechnet den R e c h t s radikalen schlecht gesinnt sein sollte? Sie sind doch Journalist, Sie haben, wie man so schön sagt, die Finger am Puls der Welt. Also müßten Sie schon eine verdammt harte Hornhaut auf den Fingerspitzen haben, um nicht zu fühlen, daß bürgerliche Polizisten und Faschisten einander eher ergänzen denn feindlich gegenüberstehen. Es kann Ihnen doch nicht entgangen sein, daß stahlhelmbewehrte Polizisten mitunter einen Schutzkordon vor einem NDP-Versammlungslokal ziehen, um die Rechtsradikalen vor linken Demonstranten zu schützen. Wie damals im 8. Bezirk. Und daß sich anderseits dieselbe Polizei einer geradezu vornehmen Zurückhaltung befleißigt, wenn ein nazistischer Radaubruder auf offener Straße einen Rentner, den Kommunisten Kirchweger, totschlägt. Oder wenn eine NDP-Schlägertruppe unter dem persönlichen Kommando des Führers Doktor Norbert Burger ein Zeltlager überfällt, Zelte niederreißt und Brandstiftung versucht, dann nimmt der zuständige Gendarmerieposten nur äußerst unwillig eine Anzeige entgegen; wobei er ziemlich deutlich durchblicken läßt, daß der Bomben-Burger weit eher sein Wohlgefallen findet als die überfallenen Lehrlinge, welche das Zeltlager errichtet und bewohnt hatten.

Seien Sie somit beruhigt, allerwertester Jeannée, ein Rechtsradikaler ist bei uns polizeilicherseits noch alleweil ein Ehrenmann, selbst wenn er keine Bomben legt und keinen Rentner umbringt, sondern nur so wie Sie nach Spanien oder Griechenland reisen will. Apropos Spanien, apropos Griechenland – das sind Staaten, von denen ein österreichischer Polizist nur lernen, pardon, nur träumen kann. Dort führt man über Verdächtige nämlich nicht nur Spitzelakte, sondern man kann sie auch – sofern sie l i n k s verdächtig sind – willkürlich festnehmen und wochenlang foltern. Wie man's mit dem französischen Journalisten Jean Starakis getan hat, dessen Bericht Sie übrigens lesen sollten, damit Sie wissen, wie angenehm es in Athen sein kann.

Die Befürchtung, unsere Stapo beargwöhne jeden Franco- oder Papadopoulos-Fan, ist demnach unbegründet, denn, wie gesagt, für frustrierte österreichische Polizisten sind die südeuropäischen Polizeistaaten bestimmt nicht Feindes-, sondern vielmehr Wunschtraumland. Reisen Sie also getrost nach Spanien oder Griechenland, kein Hund wird sich um Sie scheren. Nicht einmal, wenn Sie nach Titos Jugoslawien fahren, werden Sie Aufsehen erregen, es sei denn, Sie fahren durch Jugoslawien nur hindurch, weil Albanien Ihr Ziel ist. Das allerdings wäre gefährlich. Dann nämlich ist's durchaus möglich, daß irgendein Stapo-Schani einen Spitzelakt anlegt über den Zeitungs-Jeannée.



Schon vormittags, noch während des traditionellen Aufmarsches der Sozialdemokraten und Revisionisten, kamen viele Interessenten zu unseren Bücher- und Zeitschriftentischen. Die dargebotene Literatur fand einen geradezu reißenden Absatz, vor allem das berühmte „Rote Buch", aber auch verschiedene Einzelausgaben der Werke Mao Tsetungs sowie die Zeitungen der VRA „Für die Volksmacht" und „rote garde". Bezeichnenderweise herrschte auch reges Interesse für unsere Grundsatzerklärung „Für die sozialistische Revolution in Österreich", von der sämtliche vorrätigen Exemplare abgesetzt wurden.

Die Mai-Kundgebung der VRA am Burgring

Die öffentliche Rede des VRA-Obmannes, gehalten am 1. Mai 1972 in Wien

"Für ein modernes Österreich mit neuen Chancen für alle", Genossinnen und Genossen, Freunde, das war die Hauptlosung, die der SP-Parteivorstand heute ausgegeben hat und alle Österreicher ansprechen soll.

Aber was ist das für ein "modernes Österreich"? Wie wir es aus unserem täglichen Leben kennen, ist es das gleiche Österreich. Ein Österreich, in dem die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung schwer arbeiten muß, um den sogenannten Wohlstand genießen zu können, und eine Handvoll Superreicher ein Leben in Saus und Braus führt, weil sie sich den größten Teil des Wertes unserer Arbeit aneignen. Sie nehmen sich, was wir erarbeiten!

Wir haben es hier schon einmal gesagt: "Kreisky wie Klaus - Diener des Kapitals". Und was wir erleben müssen, nun, da wir zwei Jahre Tätigkeit der SP-Regierung hinter uns haben, bestätigt nicht nur was wir damals gesagt haben, sondern übertrifft das noch bei weitem. Kreisky ist nicht nur wie Klaus Diener des Kapitals, er ist weit besser als dieser. Was die Arbeiter heute in Form von Preissteigerungen, Antreiberei in den Betrieben, immer höheren Steuern bezahlen müssen, klingelt in den Kassen der Kapitalisten.

Im "modernen Österreich" Kreiskys und seiner Männer hat sich nur die Ausbeutung und Unterdrückung modernisiert. Ansonsten ist es das alte kapitalistische Österreich. Denn die Kernfrage ist, wer hat die Macht im Staat. Welches gesellschaftliche System existiert; herrschen die Kapitalisten oder haben die Arbeiter zu bestimmen.

Es ist eine Verhöhnung Zehntausender ehrlicher SP-Genossen, wenn die SP-Führung nach den Wahlen erklärt hat, daß die Wähler sie nicht mit einer Änderung der Gesellschaft betraut hätten, sondern nur mit deren "Modernisierung". Denn sehr wohl wollen die Menschen eine Änderung der Verhältnisse, nur deshalb wählten sie eine Mehrheitsregierung Kreisky. Daß sie belogen und betrogen wurden, ist jetzt schon sehr deutlich sichtbar.

Weil die SP-Regierung nichts ändert, gar nichts ändern will, entwickelt sich in Österreich alles nach der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit. Weil wir im Kapitalismus leben, haben wir eine zunehmende Teuerung. Die SP-Führer sagen: Preissteigerungen wären eine unvermeidliche Folge der Vollbeschäftigung. Das gilt nur für die kapitalistische Wirtschaft. Im sozialistischen China zum Beispiel gibt es seit 20 Jahren keine Arbeitslosigkeit, sind seit 20 Jahren die Preise stabil; die Wirtschaft wächst stürmisch, die Lebenshaltung steigt andauernd. Selbst die SP- und ÖGB-Presse muß dies zugeben. Im Kapitalismus wird aber nicht, wie im Sozialismus, für die Bedürfnisse des arbeitenden Volkes gewirtschaftet, sondern für den Profit der Ausbeuter.

Die wachsende Geldentwertung dient heute in den kapitalistischen Ländern - und ebenso in jenen, die von den russischen Arbeiterverrätern kontrolliert werden - als bequehmes Mittel der privaten und bürokratischen Monopolkapitalisten, auf Kosten des Realeinkommens der Werktätigen ihre Profite zu steigern. Durch wachsende Schulden des Staates, der Unternehmungen und der Bevölkerung steigt die Geldmenge rascher als die Warenmenge, wird das Geld entwertet. Die Kapitalisten halten sich schadlos, denn sie erhöhen die Preise der Waren, die sie sich aneignen, obwohl die Arbeiter sie produzieren. Die Löhne aber bleiben durch "Stillhalteabkommen" für anderthalb bis zwei Jahre oder noch länger gebunden. Das ist der große Schwindel!

Was für einen Ausweg haben nun die arbeitenden Menschen? Es gibt da nur zwei Möglichkeiten. Die eine heißt noch mehr schuften, Überstunden leisten, die Frauen mitverdienen lassen und dabei noch sich in so manchem einschränken. Jede Mehrarbeit bedeutet aber noch mehr Profit für die Unternehmer, noch größere Versklavung der Arbeiter. Die andere Möglichkeit heißt: Kampf für Lohnerhöhung.

Die ÖGB-Bonzen behaupten, ihre Packelei mit den Unternehmern im stillen Kämmerlein brächte den Arbeitern eine Lohnerhöhung. Das ist ein Betrug! Die "Lohnrunden" bringen bestenfalls eine Teuerungsabgeltung. Das ist aber keine Lohnerhöhung, sondern nur eine Nachzahlung für den durch die gesunkene Kaufkraft bereits erlittenen Reallohnverlust. Sollen die Löhne auch bloß ihren wirklichen Wert behalten, dann müßte die Lohnerhöhung die künftige Geldentwertung (die Benja für 1973 mit sieben Prozent ansetzt!) berücksichtigen. Dann würde sich aber den Kapitalisten der ganze raffinierte Schwindel nicht auszahlen.

Doch sogar bei gleichbleibendem Realwert der ausgehandelten Lohnsätze steigt wegen der immer höheren Produktivitat der Anteil der Unternehmer an den von den Arbeitern geschaffenen Werten, steigt also die Ausbeutung. Soll das Ausbeutungsverhältnis - das Verhältnis zwischen Profiten und Löhnen - nicht noch ungünstiger für die Arbeiter werden, muß ihre steigende Leistung voll vergütet werden. Dafür sind aber die Gewerkschaftsbosse nicht zu haben. Sie nehmen ja auf die "Wirtschaft" (lies: auf die Profitgier der Unternehmer) Rücksicht und heimsen dafür beim in- und ausländischen Kapital höchstes Lob ein.



Wie in früheren Jahren, so bildeten sich auch diesmal rund um unseren Tribünenaufbau immer wieder Diskussionsgruppen, die manchmal einige Dutzend Teilnehmer zählten, welche bis zu einer Stunde und länger ausharrten. Im Vergleich zu den früheren Jahren fiel jedoch auf, daß die Menschen viel interessierter an grundsätzlichen Fragen, viel aufgeschlossener für unsere Argumente und überhaupt viel ernster bei der Sache waren, daß sie überdies von sich aus spontan allfällige Störversuche und Provokationen (die heuer vor allem von ‚K'PÖ-Revisionisten unternommen wurden) zurückwiesen.

Es bleibt den Werktätigen nur eines übrig, um wenigstens ihre gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Lage aufrechtzuerhalten, ohne ihre Gesundheit und ihr Familienleben noch mehr zu ruinieren: beharrlicher Kampf in den Betrieben für echte Lohnerhöhungen nach dem Willen der Kollegenschaft selbst, im Vertrauen auf die eigene machtvolle Kraft, ohne Rücksicht auf SP-Pokler, "K"P-Bremser und sonstige Beschwichtiger.

Freilich wird auch dadurch die Lage der Arbeiter nicht entscheidend verbessert, bleiben sie immer noch Lohnsklaven. Die sogenannten "Arbeiterführer" wollen uns weismachen, daß es unserer Generation viel besser ginge als der älteren. Das ist aber eine Lüge! Vor dem Kriege wurde der Lebenshaltungsindex danach berechnet, wieviel ein Arbeiter verdienen muß, um eine vierköpfige Familie erhalten zu können. Heute müssen in der Regel zwei Personen arbeiten - und zwar viel angestrengter als früher - um eine dreiköpfige Familie zeitgemäß zu erhalten. Die SP-Führung verspricht, durch eine weitere "Industrialisierung" würde es uns besser gehen. Aber das bedeutet nur, daß ausländisches Kapital mit ausländischen Arbeitern für ausländische Märkte die Umweltverschmutzung in Österreich noch mehr steigert.

Damit die Wirtschaft unseres Landes nach den Bedürfnissen unseres Volkes entwickelt wird, damit unsere arbeitenden Menschen wirklich menschenwürdig (d.h. eine wirkliche Freizeit zu Bildung, Erholung und politischer Betätigung ausnützen) le-